

Die Linke Bezirksverband Berlin-Mitte

10. Hauptversammlung, 1. Tagung, 16.11.2024

Antrag 7

Antrag: Jüdisches Leben in Mitte schützen

Antragssteller*innen: BO 044 (Gesundbrunnen), BO 024 (L.E.O), BO 333 (Tiergarten, Bezirksvorstand

Die Linke. Berlin-Mitte bekennt sich zum Schutz jüdischen Lebens in Berlin-Mitte und verurteilt Bedrohungen sowie Gewalt gegen jüdische Bürger*innen. Als Linke stehen wir grundsätzlich für ein friedliches Zusammenleben aller Anwohner*innen in Mitte ein. Daraus folgt für uns eine praktische Solidarität mit Betroffenen von Bedrohungen und Gewalt.

Begründung:

Jüdisches Leben ist in Deutschland und so auch in Berlin-Mitte grundsätzlich bedroht. Jüdische Einrichtungen müssen ohnehin bereits polizeilich geschützt werden und Menschen, die sich offen zu ihrem Jüdischsein bekennen, sind im Alltag Anfeindungen und Gewalt ausgesetzt. Dieser Ist-Zustand macht uns betroffen. Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 verschärfte sich die Bedrohungslage gegenüber Jüdinnen*Juden in Berlin-Mitte. Im vergangenen Jahr gab es hier wiederholt Angriffe auf jüdische Institutionen und Personen. So wurde die Synagoge Kahal Adass Jisroel mit einem Molotowcocktails beworfen und mehrere jüdische Personen körperlich angegriffen. Die allgemein angestiegene psychische Belastung von Jüdinnen*Juden wird auch durch eine Vervielfachung der Beratungsanfragen seit dem 7. Oktober bei der Beratungsstelle OFEK für antisemitische Diskriminierung sowie den Meldungen bei der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Berlin deutlich.

Die vielfältige Gefährdung von Jüdinnen*Juden in unserem Bezirk ist absolut inakzeptabel. Dieser muss sich die Partei deutlich entgegenstellen und praktische Solidarität zeigen. Praktische Solidarität bedeutet sowohl an Demonstrationen gegen Antisemitismus teilzunehmen als auch Aufklärungsangebote innerhalb der Partei sowie für die Anwohner*innen des Bezirks zu schaffen.